

## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Landesrat Rudi Anschober**

10. November 2017

zum Thema

**"LR Anschober am Weg zur Weltklimakonferenz in Bonn:  
Anforderungen an die Klimakonferenz und  
Forderungen zum Klimaschutz an die nächste  
Bundesregierung"**

### Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

## **"LR Anschober am Weg zur Weltklimakonferenz in Bonn: Anforderungen an die Klimakonferenz und Forderungen zum Klimaschutz an die nächste Bundesregierung"**

Die Klimakrise ist die größte Bedrohung der Menschheit, Klimaschutz eine historische Herausforderung an uns alle. Mit Erfolg oder Misserfolg von Klimaschutz heute entscheiden wir über die Lebenschancen der nächsten Generationen. In Bonn startete am Montag die diesjährige Weltklimakonferenz, Umweltlandesrat Rudi Anschober wird von Sonntag bis Dienstag daran teilnehmen und die Erfolge Oberösterreichs im Bereich der Klimaschutzbewegung, der Energiewende und der Ökojobs präsentieren. Vor allem das Engagement von rund 10.000 Menschen in OÖ für den Klimaschutz ist international einzigartig.

In Bonn werden 25.000 Teilnehmer/innen erwartet, Bonn ist eine Arbeitskonferenz ohne große Beschlüsse. Es geht vielfach um das Lernen erfolgreicher Lösungsansätze. Bei der Weltklimakonferenz werden aber auch dramatische Studien präsentiert: sie zeigen, dass die paktierten Emissionsverringerungen der einzelnen Nationen zum Erreichen der Klimaziele (nicht mehr als 2 Grad Temperaturerhöhung) weitaus nicht ausreichen und ein Drittel größere Einsparungen erforderlich sind. Neue Studien zeigen immer schwerere Auswirkungen auf die Gesundheitssituation in vielen Regionen und, dass die Klimakrise die bisher größte Fluchtbewegung auszulösen droht - die aktuelle war klein im Vergleich dazu. Schon im vergangenen Jahr waren fast 24 Millionen Menschen wegen Wetterextremen auf der Flucht, es kommt mehr zur Vertreibung der Armen, weil durch Dürre, Hitze und Überflutungen ihre Lebensgrundlagen zerstört werden – v.a. in Afrika, dem Nahen Osten und in Asien.

Österreich wurde durch die Untätigkeit der Bundesregierung mittlerweile beim Klimaschutz zu einem Schlusslicht in der EU. Spätestens mit der Notwendigkeit, einen, zur Verringerung der Emissionen um 36% bis 2030 ausreichenden, Klimaplan bis Anfang 2019 an Brüssel zu übermitteln, muss Österreich jedoch Farbe bekennen. Denn reicht der Plan nicht aus, folgen Vertragsverletzungsverfahren und Strafzahlungen. Umwelt-Landesrat Anschober hat jedoch größte Zweifel, ob der Stillstand beim Klimaschutz in der Bundesregierung beendet werden kann: denn nun

kommt zu den Untätigen auch noch jene Partei, die immer wieder als Klimaleugner aufgefallen ist.

Umwelt-Landesrat Rudi Anschober wird von Sonntag bis Dienstag an der Weltklimakonferenz teilnehmen - an Arbeitssitzungen, an den Kooperationstreffen der weltweiten Allianz der Klimaschutzmodellregionen und an bilateralen Arbeitstreffen mit Quebec, Wales und deutschen Bundesländern, bei denen es jeweils um das Lernen von erfolgreichen Umsetzungsmaßnahmen in den einzelnen Regionen geht.

**Am Weg zur Weltklimakonferenz nach Bonn –  
Ziel: verstärkte Zusammenarbeit der Regionen**

Seit 2005 sind die Klimaschutz-Modellregionen der Welt über „The Climate Group“ in einer Allianz zusammengefasst – mit dem Ziel, Druck zu machen „von unten“ auf die Nationalstaaten für ambitionierten Klimaschutz. Vielfach geht es darum, zu zeigen, wo massive Einsparungen möglich sind und gleichzeitig wirtschaftlichen Erfolg bringen sowie Best-Practise-Beispiele auszutauschen. Oberösterreich ist seit Beginn an durch Initiative von LR Anschober mit dabei. Aktuell sind schon 39 Regionen in der Climate Group aktiv, von sechs Kontinenten, die gemeinsam rund 370 Millionen Weltbürger/innen repräsentieren. LR Anschober: *„Oberösterreichs Best-Practise ist die Energiewende, sind die mittlerweile 45.000 Ökojobs und ist die weltweit einzigartige Klimaschutzbewegung in den öö. Gemeinden, Betrieben und Schulen.“*

LR Anschober: *„Mit dem Weltklimavertrag von Paris und dem Ziel, die Temperaturerhöhung gegenüber 1990 um maximal 2 Grad Celsius, besser nur 1,5 Grad Celsius zu erhöhen, ist ein großer Schritt gelungen. Seither passiert aber viel zu wenig. Ziel der Climate Group ist es, dass wir in Bonn den Druck verstärken, die Nationalstaaten zu engagiertem Handeln zwingen. Der Zusammenhalt reicht dabei von Kalifornien über diverse europäische Regionen bishin zu indischen Partnern. In Bonn werde ich auch bilaterale Treffen z.B. mit Quebec, Wales oder den deutschen Bundesländern verwirklichen.“*

**Ziel:** Über den Druck der Regionen „von unten“ die Nationalstaaten zu engagiertem Klimaschutz drängen und die Climate Group weiter ausbauen, um Maßnahmen auch in den Regionen stärker voranzutreiben.

Oberösterreich sticht in der Climate Group v.a. mit zwei Punkten hervor, einerseits der eingeleiteten Energiewende bei gleichzeitigem wirtschaftlichen Erfolg, andererseits durch das Netzwerk von 300 Gemeinden, über 600 Betrieben und 193 Schulen im Klimabündnis – 10.000 Menschen sind in OÖ im Bereich der Klimaschutzbewegung aktiv.

LR Anschober: *„Wir brauchen weltweit einen Green New Deal – der gleichzeitig Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen erhält und Arbeitsplätze schafft. Oberösterreich hat in den letzten Jahren bewiesen, dass das möglich ist.“*

Ein Aspekt bei den Gesprächen von LR Anschober in Bonn wird auch der **europäische Atomausstieg** sein – schon in der Gründungsurkunde der von Anschober ins Leben gerufenen Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg ist festgeschrieben, dass Atomkraft nicht als Klimaschutz verwechselt werden darf und stattdessen die Energiewende forciert werden muss.

### **Österreich bei Maßnahmen zum Weltklimavertrag dramatisch in Verzug – Forderungen an die neue Bundesregierung**

LR Rudi Anschober: *„Der Klimawandel ist mittlerweile für uns alle spürbar, gerade der diesjährige Sommer hat uns dies deutlich gemacht: Hitzetage, Extremereignisse, Hochwässer, schmelzende Gletscher samt Auswirkungen auf unsere Gesundheit, die Landwirtschaft, den Tourismus, Energie, Gebäudetechnik, etc. Erste Hüttenwirte müssen zusperren, da sie aufgrund der Gletscherschmelze schlichtweg für Wanderer nicht mehr erreichbar sind, die Feuerwehr fährt mehr und mehr Einsätze aufgrund von Naturkatastrophen, die vom Klimawandel begünstigt werden. Viele Engagierte arbeiten in OÖ für den Klimaschutz, der Rückenwind v.a. des Bundes fehlt hier aber aktuell über weite Strecken. Meine Forderung: eine bundesweite, engagierte Klima- und Energiestrategie.“*

Laut Expert/innen wird sich eine Temperaturerhöhung im globalen Schnitt von 2 Grad Celsius in Österreich auf plus 4,5 bis 6,6 Grad Celsius auswirken. (Jacob et al.)

Die Klimafolgeschäden allein in Österreich werden bis 2050 auf 4,2 bis 8,8 Milliarden Euro jährlich anwachsen. (Steininger et al.)

Das bisherige totale Versagen des Bundes für Maßnahmen zur Erreichung der Klima- und Energieziele muss endlich ein Ende haben. Wir brauchen eine engagierte, **bundesweite Klima- und Energiestrategie** samt konkreten Maßnahmen, um die Klimaerwärmung bei den im Pariser Weltklimavertrag festgeschriebenen maximal 2 Grad Temperaturerhöhung zu stoppen und das EU-weit festgesetzte Reduktionsziel von 40 Prozent noch zu erreichen.

LR Anschober: *„Spätestens Anfang 2019 muss Österreich Farbe bekennen und einen für das Erreichen der Klimaziele (minus 36% für Österreich bis 2030) ausreichenden Klimaplan vorlegen und von Brüssel genehmigen lassen. Ich habe aufgrund der bisherigen Absage der Bundesregierung an die Klimaschutzpolitik - Österreich ist mittlerweile ein Schlusslicht in der EU - höchste Zweifel, dass dies gelingt. Nun soll zu den Klimaschutzverweigerern ein Koalitionspartner kommen, der wiederholt sogar als Klimaleugner aufgetreten ist. Allerdings: wird der Klimaplan nicht vorgelegt und umgelegt, dann heißt das Vertragsverletzungsverfahren, dann heißt das hohe Strafzahlungen und dann heißt das einen Verrat an den nächsten Generationen!“*

### **Herausforderung & Notwendigkeit für Klimaschutz noch dramatischer als gedacht!**

Der Bericht „**Das Treibhausgas-Budget für Österreich**“ des **Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel**, unterstützt von der Initiative **Mutter Erde**, stellt Österreichs Engagement im Klimaschutz aktuell ein schlechtes Zeugnis aus. Das Treibhausgasbudget, womit die Begrenzung auf maximal plus 2°C noch erreichbar wäre, beträgt für Österreich – in Relation zu den globalen Mengen 700 Gt Co<sub>2</sub>– je nach Berechnungsart 1.000 Millionen bis 1.500 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent für den Zeitraum 2017-2050. Zum Vergleich: Für 40 Jahre von 1950-1989 und 25 Jahre von 1990-2015 hat Österreich jeweils rund 2.000

Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent ausgestoßen. Die Beibehaltung des heutigen Emissionsniveaus würde das Budget also bereits 2035 aufbrauchen.

Für die Zielerreichung wird es in der Studie als unumgänglich angesehen, aus der Nutzung fossiler Energieträger bis Mitte des Jahrhunderts auszusteigen sowie die nicht-energetischen Emissionen (z.B. Landnutzung) auf global nahe Null zu stellen. Die Faustregel lautet: eine Halbierung der Emissionen in jeder einzelnen Dekade weltweit. Die globale Strategie nach Rockström beinhaltet dazu bis 2030 eine Umstellung auf nachhaltige, fleischarme Lebensmittelversorgung mit verringerten Lebensmittelabfällen, Energieeffizienz und –einsparung, Auslaufen der Zulassung von Verbrennungsmotoren. Bis 2040 muss Öl aus dem Energiemix weltweit verdrängt sein und Gebäude treibhausgasneutral errichtet werden. Zusätzlich sollen durch Bodenschutz Kohlenstoffe gebunden werden.

#### **Forderungen:**

- Engagierte Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung, mit aufbauend konkreten Maßnahmen und Zeitpunkten zur Überprüfung der Zielerreichung
- In **Oberösterreich** muss die von LR Anschober gemeinsame mit etlichen Vorreiter/innen eingeleitete **Energiewende weitergetragen** werden, anstatt verwässert zu werden. Erneuerbare und Energieeffizienz sind die Branchen der Zukunft, dadurch entstehen auch wirtschaftliche Chancen am Weltmarkt.
- Anlässlich des Starts der Heizsaison erneuert LR Anschober seinen Appell für ein Aus des Förder-Regimes bei der Erneuerung von Ölheizungen, stattdessen muss es endlich heißen: „**Raus aus Öl!**“

#### **Globale Trends: Klimaschutz muss endlich starten**

Auf die weltweite Krisensituation hinsichtlich fehlender Klimaschutzmaßnahmen und Ungleichheit hat zuletzt auch die Chefin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde hingewiesen, die vor einer „dunklen Zukunft“ warnt. „We will be toasted, roasted and grilled“, wenn die Welt nicht endlich kritische Klimaschutz-Entscheidungen trifft.

Der „**Emissions Gap Report**“ vom **Umweltprogramm der Vereinten Nationen** (UNEP) zeigt heuer zum 8. Mal schon den dramatischen Unterschied zwischen den hochgerechneten Treibhausgas-Reduktionen der vorliegenden, kosteneffizienten nationalen Klimaschutzpläne im Gegensatz zu den erforderlichen, um die Erderwärmung tatsächlich auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen. **Über die Länder-Pläne hinausgehend müssten 30 Prozent für eine erfolgreiche Abgrenzung bis 2030 eingespart werden!** Laut UNEP ist die Überarbeitung der nationalen Ziele im Jahr 2020 die letzte Chance, um die schon festgesetzten Reduktionsziele bis 2030 doch noch zu erreichen – wird diese Chance nicht genutzt, ist die Erreichung der Emissionsziele 2030 praktisch unmöglich! Emissionen aus Energie und Industrie nehmen aktuell 70 Prozent der globalen Treibhausgas-Emissionen ein, seit 2014 mehr oder weniger stabil – dies könnte die Einleitung der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO<sub>2</sub>-Ausstoß sein. Es braucht daher lt. UNEP-Bericht raschestmöglich kurzfristige Maßnahmen und weitergehendes, langfristiges Engagement der Staaten, die ihre eigenen Ziele überarbeiten müssen, gleichzeitig aber auch an der CO<sub>2</sub>-Speicherung, etwa durch Aufforstung oder gesunde Böden arbeiten können. Zudem soll Bewusstseinsbildung auch Regionen, nicht-staatliche Akteur/innen, jede/n einzelne/n zur Reduzierung von Treibhausgasen bewegen. Die Bereiche sind vielfältig: Landwirtschaft, Gebäude, Energie, Forstwirtschaft, Industrie, Verkehr und andere.

Die Studie „**Natural Gas and Climate Change**“ des **Tyndall Centre for Climate Change Research** im Auftrag von Friends of the Earth Europe zeigt auf, dass **Europa viel rascher aus fossilen Brennstoffen aussteigen müsste – auch aus Gas** – als bisher geplant, um die Klimaziele überhaupt noch erreichen zu können. Die bisherigen EU-Ziele würden nicht ausreichen, um die Einhaltung der 2 °C-Grenze einzuhalten. Bleiben die derzeitigen Emissionen konstant, wäre das CO<sub>2</sub>-Budget der EU bereits in neun Jahren aufgebraucht. Conclusio der Studie ist, dass Europa in den nächsten 20 Jahren fast komplett aus fossilen Brennstoffen aussteigen muss, ein erster Schritt wäre es, keine weiteren fossilen Vorkommen mehr zu erschließen – anders als die EU plant, auch keine Erdgas-Vorkommen. Die Studienautoren dazu eindringlich: *„Dieser Ausstieg muss jetzt beginnen und in etwa 20 Jahren abgeschlossen sein.“*

## **Klimawandel wird Millionen Menschen aus ärmeren Regionen zur Flucht zwingen**

In einem neuen internationalen Report der **Environmental Justice Foundation** (EJF) weisen Militär- und Sicherheitsexpert/innen auf die Konsequenzen des Klimawandels für Fluchtbewegungen hin: Der **Klimawandel könnte die größte Fluchtbewegung weltweit auslösen mit dutzenden Millionen Flüchtlingen im nächsten Jahrzehnt allein aus Afrika in den mediterranen Raum**. Der Klimawandel kann das Fass zum Überlaufen bringen, da wo schon soziale, wirtschaftliche oder politische Probleme bestehen und – wie z.B. auch nach der Dürre in Syrien – zu Gewalt und Konflikten führen. Die Expert/innen rufen die Regierungen zu engagiertem Klimaschutz auf, aber auch zur Festsetzung eines Rechtsrahmens für Klimaflüchtlinge.

Allein im Jahr 2016 mussten 23,5 Millionen Menschen aufgrund des Klimawandels ihre Heimat verlassen, so der jüngste Bericht der Hilfsorganisation Oxfam. Unter dem Titel „**Entwurzelt durch den Klimawandel**“ stellt Oxfam dar, dass zwar v.a. **die reichen Industrieländer den Klimawandel durch ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß befeuern, in erster Linie aber Menschen aus ärmeren Ländern an den Konsequenzen leiden – und damit die Ungleichheit steigt**. Seit 2008 mussten jährlich durchschnittlich 14 Millionen Menschen aus ärmeren Ländern Schutz vor Unwettern, Stürmen und Überschwemmungen (0,42% der Bevölkerung) suchen. Aus reichen Ländern waren es dagegen nur knapp eine Million Menschen pro Jahr (0,08%). Demnach treffen die Auswirkungen des Klimawandels ärmere Länder rund fünfmal so häufig wie reiche, v.a. hinsichtlich Verdrängung und Migration. Auch sind Frauen, Kinder und Minderheiten besonders betroffen. Oxfam hält fest, dass Unwetter an sich zwar nicht unmittelbar auf den Klimawandel zurückzuführen sind, durch den menschengemachten Klimawandel aber sehr wohl „wahrscheinlicher und häufiger“ werden.

**Oxfam fordert** daher mehr ambitionierten Klimaschutz, Abkehr von fossilen Energieträgern, eine stärkere Unterstützung der reicheren für die ärmeren Regionen für die Klimawandelanpassung sowie Schutz für Klimaflüchtlinge, etwa durch den Beschluss des „Global Compact“ zu Flucht und Migration im Jahr 2018.



Eine internationale Studie, an der Wissenschaftler/innen aus **26 Institutionen** weltweit mitgearbeitet haben, veröffentlicht im **Lancet Journal** stellt klar: **„Klimawandel ist die größte Gesundheitsgefahr heute für Millionen Menschen weltweit**; hunderte Millionen Menschen leiden gesundheitlich schon jetzt am Klimawandel“, so etwa aufgrund von Luftverschmutzung weltweit, Hitzewellen für vulnerable Personen, der Weiterverbreitung von Krankheiten (z.B. Dengue-Fieber) begünstigt durch den Temperatur-Anstieg, von Unwettern und entstehenden Hungerkatastrophen. 70.000 Tote wurden allein während der Hitzeperiode 2003 in Europa dem Klimawandel zugeschrieben.